Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Freiexpedition in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. An Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Permanente Ausstellung von **Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen** in allen Stilarten und Preislagen. — Zum Besuche ladet ein **G. Ritter,** Möbelfabrik, Marschallstrasse 3, Elbberg 1. Katalog gratis und franko.

Feinschmecker u. Kenner essen nur CHOCOLAT Cailler

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Nr. 292. Spiegel: Zolltarif-Vorlage. Sächsische Eisenbahnen, Schiffsdiebstähle, Gerichtsverhandlungen. Sächsischer Kunstverein.

Muthmaßliche Witterung: Zeitweise heiter, später veränderlich.

Mittwoch, 22. Oktober 1902.

Zur zollpolitischen Lage.

Die schwebenden Kämpfe im Reichstage um die Höhe der Getreidezölle bieten zur Zeit noch ein fast trostloses Bild der Zerfahrenheit. Nur die sozialdemokratisch-freisinnige Opposition hat jetzt ihr unverrückbares Ziel im Auge, die Vereitelung des Zustandekommens eines neuen Zolltarifs vor den Neuwahlen. Die Regierungen und die Reichstagsmehrheit wissen dagegen vorläufig noch gar nicht, ob überhaupt und eventuell auf welcher Grundlage sich ein positives Endergebniß erzielen läßt. Zwischen beiden starrt überdies eine tiefe Kluft, die vorläufig unüberbrückbar erscheint. Zu den Regierungen halten gegenwärtig nur die Nationalliberalen. Ihnen gegenüber stehen die übrigen Parteien, die einen verstärkten Schutz der nationalen Arbeit erstreben, aber nicht in einheitlich geschlossener Phalanx, sondern vor der Hand noch im Widerstreit unter einander, dergestalt, daß selbst innerhalb der einzelnen Parteigruppen Meinungsdifferenzen und Gegensätze unausgeglichen fortbestehen.

Weder die Mitglieder des Centrums noch die Konservativen sind bisher dahin gelangt, sich auf einer festen Grundlage zusammenzufinden. Von den Konservativen will ein Theil, anscheinend der größere, unter der Führung des Grafen Kanitz für den Antrag des Bundes der Landwirthe stimmen, der die Erhöhung des Weizen- und Roggenzolles auf 7,50 Mark fordert. Der andere Theil der konservativen Fraktion gedenkt nach den vorgestrigen Erklärungen des Grafen von Schwerin-Löwitz für die sogenannten Kompromißbeschlüsse der Kommission einzutreten, die um 50 Pfennige von der Regierungsvorlage abweichen. Diese setzt den Roggenzoll auf 5 Mark, den Weizenzoll auf 5,50 Mark fest — der Kommissionsbeschluß lautet auf 5,50 Mark für Roggen und 6 Mark für Weizen. Zwischen dem Antrage Wangenheim und Genossen und den Regierungssätzen steht der Antrag des Centrumsabgeordneten Dr. Heim, der als Mindestzollsätze für alle vier Hauptgetreidearten 6 Mark vorschlägt. Das Gros des Centrums wird indeß nicht für diesen Antrag, sondern für die Kompromißbeschlüsse der Kommission votiren. Die Anträge des Bundes der Landwirthe und des Abg. Dr. Heim sind vollständig aussichtslos. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird nach diesen der Kommissionsantrag für die zunächst zur Verhandlung gestellten Positionen Roggen und Weizen zur Abstimmung gelangen. In der Kommission haben für ihn außer den Vertretern des Centrums auch die konservativen Mitglieder gestimmt, während sich der Vertreter des Bundes der Landwirthe der Abstimmung enthalten hat. Nach einer Erklärung der „Dtsch. Tagesztg." werden die Wangenheim und Genossen nach Ablehnung ihres Antrages und des nächststehenden des Abg. Dr. Heim ihre Stimmen vorläufig für den Kompromißantrag abgeben, sodaß dieser schließlich eine Mehrheit auf sich vereinigen wird.

Erst wenn es gelungen ist, durch Erzielung eines Mehrheitsvotums für einen der Kompromißbeschlüsse eine Position herzustellen, die geeignet ist, den Mehrheitsparteien eine greifbare Handhabe zu etwaigen Verständigungsversuchen mit den Regierungen zu gewähren, wird dasjenige Stadium der gegenwärtigen Verhandlungen erreicht sein, das einigermaßen die ganze zollpolitische Situation zu klären vermag. Denn trotz der unzweideutigen Entschiedenheit, mit der Graf Bülow auf Grund der Einstimmigkeit des Bundesrathes die Unannehmbarkeit der die Höhe der Getreidezölle betreffenden Kompromißbeschlüsse der Kommission ausgesprochen hat, wird noch immer und zwar vorzugsweise in Centrumskreisen an der Hoffnung eines Kompromisses zwischen den Regierungen und der Reichstagsmehrheit festgehalten. Der Hauptredner des Centrums, der Abgeordnete Herold, meinte am zweiten Tage der jetzigen Zolldebatte, es müsse doch auch für die Regierungen in's Gewicht fallen, wenn die Parteien sich auf einer mittleren Linie verständigten, und in den Centrumsblättern wird nach wie vor die Auffassung vertreten, daß es durchaus verfrüht sei, jetzt schon die Flinte in's Korn zu werfen, da ein möglichst eindrucksvolles Mehrheitsvotum des Reichstages doch noch Kompromißverhandlungen erschließen könne. Ist erst einmal ein solches Mehrheitsvotum erzielt, so muß es sich entscheiden, ob noch mit der Möglichkeit einer Nachgiebigkeit auf Seite der Regierungen zu rechnen ist. Das Kompromiß braucht sich ja nicht ausschließlich auf dem Gebiete der Getreidezölle zu vollziehen. Der konservative Führer Graf Kanitz hat erklärt, daß seine Fraktion mit der Herabsetzung einer großen Anzahl von Industriezöllen vorgehen würde, wenn das Interesse der Landwirthschaft in dem Tarif nicht angemessen gewahrt wird, und das Organ des Bundes der Landwirthe betont, für den zunächst vorliegenden Kompromißantrag würden die Vertreter des Bundes nur unter der Voraussetzung stimmen, daß die Industriezölle eine entsprechende Ermäßigung erfahren.

Die drohende Obstruktion der Linken erheischt gebieterisch eine baldige Entscheidung. Wenn die schutzzöllnerische Mehrheit befähigt sein soll, die Obstruktion zu überwinden, so muß sie von vornherein Gewißheit darüber haben, daß das Ziel erreicht wird, daß der neue Zolltarif auch wirklich zu Stande kommt. Graf Bülow hat aber in seiner letzten Rede angedeutet, daß man sich auch ohne einen neuen Tarif behelfen werde. „Wenn der Tarifentwurf abgelehnt würde," sagte er, „so bliebe den verbündeten Regierungen nur übrig, entweder, wenn möglich, die bisherigen Handelsverträge fortbestehen zu lassen oder auf Grund des alten Tarifs in Handelsvertrags-Unterhandlungen einzutreten." Den Rath, den soeben der nationalliberale Führer Dr. Sattler gegeben hat, den Reichstag aufzulösen, wenn er sich nicht gefügig zeigt, gedenkt hiernach offenbar der Reichskanzler nicht zu befolgen. Es ist ja auch der schlechteste Rath, der nach Lage der Dinge ertheilt werden kann. Wohl aber ist die Frage der alsbaldigen Erwägung werth, ob es noch einen Zweck hat, die zollpolitischen Verhandlungen über die zweite Lesung hinaus fortzusetzen, falls die Regierungen thatsächlich bereits den unabänderlichen Entschluß gefaßt haben, über den Regierungsentwurf hinaus den Mehrheitsparteien nicht mehr entgegenzukommen. Daß eine blos einseitige Nachgiebigkeit von Seiten der schutzzöllnerischen Mehrheit nicht mehr zu erwarten ist, liegt wohl jetzt nach den mehrtägigen Debatten auf der Hand. Sowohl die Wortführer des Centrums wie der Konservativen haben keinen Zweifel gelassen, daß sie zwar geneigt sind, auf ein Kompromißverfahren einzugehen, daß sie aber auf keinen Fall die Kosten der Verständigung allein tragen wollen. Mit bemerkenswerther Schärfe hat sich besonders der Centrumsabgeordnete Herold gegen die Rede des Reichskanzlers gewandt, der von einer Verständigung rede, aber nichts zur Herbeiführung einer solchen thun wolle, sondern einfach die Unterwerfung des Reichstages unter den Willen der Regierungen fordere. Wollte der Reichstag auf jede eigene Forderung verzichten, so hieße das nichts, als seine absolute Unfähigkeit zur Durchführung seiner Anschauungen proklamiren. Wenn der Reichstag lediglich Ja sagen solle, dann werde dadurch sein Ansehen noch mehr geschwächt, als durch die Obstruktion.

In sehr eindringlichen Worten hat vorgestern der konservative Abgeordnete Graf von Schwerin-Löwitz, der mit Nachdruck für die Kompromißbeschlüsse der Kommission eintrat, den Regierungen zu Gemüthe geführt, daß sie unter allen Umständen von der Verantwortung für das Scheitern der Tarifreform nicht entlastet werden, einer Reform, die sie durch jahrelange Arbeit mühsam vorbereitet und selbst als unumgänglich nothwendig erklärt haben, um Deutschland vor schweren wirthschaftlichen und politischen Gefahren zu bewahren. Wohl nicht mit Unrecht wies Graf Schwerin darauf hin, daß der Reichskanzler die Bedeutung des Scheiterns der ganzen Tarifvorlage zu niedrig einschätze, wenn er sich mit einem Anflug von Gleichmuth über die Möglichkeit ausspricht, daß Alles beim Alten bleibe, daß es auch ohne einen neuen Tarif gehe. Diejenigen Erscheinungen der wirthschaftlichen Depression, die schon während des Hangens und Bangens um das Schicksal der Tarifvorlage zu Tage getreten sind, wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Rückgang in den Reichs- und Staatseinnahmen, die Zunahme der Subhastationen usw., würden sich mit der Entmuthigung der Haupterwerbsstände, die in Folge des Scheiterns der Tarifreform mit Sicherheit zu gewärtigen ist, in ungemessener Weise verstärken.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. Oktober.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Das Haus ist stark besetzt. Die Berathung des Zolltarifs wird bei § 1, Mindestzölle von 5,50 Mark für Weizen, 5 Mark für Roggen fortgesetzt. Der Kommissionsbeschluß lautet: „6 Mark für Weizen, 5,50 Mark für Roggen." Der Antrag Wangenheim verlangt für beide Brotfrüchte 7,50 Mark, der Antrag Heim ebenfalls für beide Artikel 6 Mark. — Abg. Rösicke-Kaiserslautern (Bund d. Landw.) bestreitet, daß die Forderungen des Bundes der Landwirthe unbescheiden seien. Das starre Festhalten der Regierung an den Sätzen der Vorlage könne nur dadurch erklärt werden, daß der Reichskanzler durch vertrauliche Aussprache Gewißheit darüber erhalten habe, welche Zollsätze für die deutsche Landwirthschaft das Ausland gestatten wolle. Wenn die Viehzölle wirklich nicht als Kompensationsobjekte dienen sollten, ja, weshalb sträube sich dann der Reichskanzler so sehr gegen deren Bindung? So, wie die Vorlage sei, benachtheilige sie die Landwirthschaft gegenüber der Industrie. Der Antrag Wangenheim sei keine bloße Demonstration, sonst würde ja der Bund, nachdem er im Lande Alles gethan, um für seine Forderungen Stimmung zu machen, bei der ersten Gelegenheit, wo es zur Entscheidung komme, davon zurückweichen. — Abg. Bindewald (Reformpartei) tritt für den Antrag Wangenheim ein, der sich mit den Forderungen aller hessischen Bauernvereine decke. Mit den Sätzen des Entwurfes werde der Landwirthschaft gar nicht geholfen. Das Alleräußerste sei für ihn, daß er sich, wenn nicht mehr zu erreichen sei, auf die Kommissionsbeschlüsse zurückziehe. Ein Volk, das 3500 Mill. für Alkohol ausgebe, könne auch wohl etwas mehr für theures Brot ausgeben, wenn es gelte, einem bedürftigen Erwerbsstande aufzuhelfen. — Abg. Nißler (kons.) bedauert lebhaft, daß die Regierungen zu Zugeständnissen über ihren Entwurf hinaus nicht bereit seien. Zu Zeiten, wo der Doppelcentner Weizen weit mehr gekostet habe als jetzt, habe Niemand von Brotwucher gesprochen. Die Regierung solle den Nothschrei der Landwirthschaft erhören. Redner tritt in erster Linie für den Antrag Wangenheim, ebentuell für den Antrag Heim ein. Falle auch dieser, so werde er sich allerdings auch entschließen, für die Kompromißbeschlüsse der Kommission zu stimmen. — Abg. Dr. Hahn (Bund der Landwirthe) befürwortet außerordentlich lebhaft den Antrag Wangenheim. Wollte der Reichskanzler, wie dies zu Bismarck's Zeiten geschehen sei, unsere wirthschaftliche Ueberlegenheit gegenüber dem Auslande nur entschieden ausnützen, so würde es ihm ein Leichtes sein, das Ausland zur Anerkennung des für unsere Landwirthschaft Unentbehrlichen zu veranlassen. Die politische Situation und das Gewissen verbiete ihm und seinen Freunden, das Wenige und Unzulängliche, was der Entwurf der Landwirthschaft biete, anzunehmen. Des Exports Interesse könne dabei nicht in die Wagschale fallen. Wir wissen, daß beim Export ja doch nichts verdient wird; auch für die Industrie wird immer der inländische Markt die Hauptsache sein. Er werde erfreut sein, wenn seine Darlegungen auf den Reichskanzler einigen Eindruck machten. (Heiterkeit links.) — Abg. Herold (Centr.) wendet sich gegen den Bund der Landwirthe. Weshalb forderten denn diese Herren einen 7½-Mark-Zoll für beide Getreidearten, Weizen und Roggen? doch nur in der Voraussetzung, daß dadurch der Preis noch mehr gesteigert werde. Dabei pflege aber doch der Bund der Landwirthe immer selber zu sagen, es sei nicht wahr, daß der Zoll den Preis steigere (Rufe links: Hört! hört!). Wodurch ist denn der Bund überhaupt groß geworden? Lediglich durch die Agitation für den Monopolantrag Kanitz, und doch war auch der Bund, als er sah, daß mit dem Antrage Kanitz nichts zu machen war, einsichtig genug, ihn fallen zu lassen. Wie wolle der Bund da die Angriffe gegen Diejenigen rechtfertigen, die jetzt praktisch genug sind, sich auf das zurückzuziehen, was vielleicht noch erreichbar ist. Weiter wendet sich Redner gegen den Abgeordneten Sattler und dessen Verlangen nach Auflösung des Reichstags. Die Nationalliberalen hätten es ja glücklich verstanden, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, und möchten gern aus dieser unglücklichen Lage heraus. Wir, das Centrum, haben jedenfalls bei einer Auflösung nichts zu riskiren, aber wir glauben, daß eine Auflösung jetzt nicht im allgemeinen Landesinteresse liegen würde. — Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. — Abg. Rösicke-Kaiserslautern vertheidigt den Bund der Landwirthe gegenüber Herold. — Reichskanzler Graf Bülow kann nicht anerkennen, daß die Industriezölle gegenüber den Agrarzöllen zu hoch eingestellt seien. Die agrarischen Produkte sollen in dem Tarif durchschnittlich in Höhe von 17,2 Prozent ihres Einfuhrwerthes geschützt werden, dagegen seien die industriellen Erzeugnisse in den Abschnitten 2 bis 19 des Entwurfs nur mit 5,9 Prozent ihres Einfuhrwerthes geschützt. Es würde also autonom ein Zollschutz von 17,2 für landwirthschaftliche Produkte einem Zollschutz von nur 5,9 Prozent für industrielle Produkte gegenüberstehen. Bei diesem unzweideutigen Zahlenverhältniß kann nicht gesagt werden, wir wollten der Industrie die Landwirthschaft opfern. Abg. Hahn hat in etwas mysteriöser Weise angedeutet, daß die weitere Erhöhung der Agrarzölle auf Schwierigkeiten stoße bei einer sehr hohen Stelle. Herr von Wangenheim war neulich noch etwas deutlicher, er sagte, die Industriellen hätten sich gegen die Forderungen der Landwirthe gewandt, weil der Wind von oben etwas anders geweht habe. Ich habe dagegen zu erklären, daß man sich „von oben" in keiner Weise in die Gestaltung des Zolltarifs eingemischt hat. Die Annahme, als ob der Landwirthschaft willkürlich von oben höhere Zölle vorenthalten würden, wenn einmal oben der Wind anders wehe, entspricht nicht den Thatsachen. Herr v. Wangenheim hat gesagt, daß die verbündeten Regierungen den Ast absägten, auf dem die Monarchie sitze. Ich kann nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Sache der Landwirthschaft durch solche Aeußerungen geschädigt wird. An der Stellung der Regierungen wird durch solche Aeußerungen nichts geändert. Die Regierungen sind überzeugt, daß der Entwurf nur zur Stärkung der Monarchie beitragen kann. Die verbündeten Regierungen erkennen nach wie vor an, daß die Landwirthschaft Anspruch hat auf besondere Rücksichtnahme. Ausdruck dieser Ueberzeugung ist der vorgelegte Entwurf. Der Tarif enthält doch (wie der Reichskanzler mit einigen Ziffern erläutert) sehr wesentliche Erhöhungen für landwirthschaftliche Produkte. Aber es dürfen doch nicht alle Rücksichten gegenüber den Interessen der Landwirthschaft schweigen. Herr v. Wangenheim meinte neulich auch von meinem Ton, es sei ein leichter Konversationston, und er deducirte daraus, daß es mir an dem nöthigen Ernste zur Vertretung der Interessen der Landwirthschaft fehle. In einigen Zeitungen las ich dagegen, ich hätte zu nüchtern, zu langweilig gesprochen. (Heiterkeit.) Ein Mitarbeiter eines großen mitteldeutschen Blattes schrieb sogar, ich hätte einen pastoralen Ton angeschlagen. (Heiterkeit.) Ich habe jedenfalls in ernster, deutlicher Weise dem Standpunkt der Regierungen Ausdruck gegeben und dem Wunsch, daß das Greifbare erreicht werden möge. Herr Hahn glaubt, mich an meine, der Landwirthschaft gegebene Zusage erinnern zu müssen. Ich glaube, daß ich seit zwei Jahren in meinem Bemühen, sie zu erfüllen, bis an die Grenzen des Möglichen gegangen bin. Mehr kann man zwar fordern, aber nicht durchsetzen. Was man aber kann, ist, das Erreichbare gefährden. Dazu, glaube ich, ist man auf dem besten Wege. Ob ich Dank oder Undank ernte, ist mir gleich. Ich glaube, es wird lange dauern, ehe Sie wieder einen Reichskanzler haben, der das für die Landwirthschaft that, was ich für sie angestrebt habe. (Bewegung.) Herr Herold deutete an, daß die Regierung schon in allerlei Verhandlungen mit anderen Staaten denselben Zusagen gemacht habe. Ich erkläre, daß Zusagen an das Ausland in keiner Weise gegeben sind, auch nicht gegeben werden könnten beim gegenwärtigen Stande der Verhandlungen über diesen Zolltarif. Ich habe auch demgemäß dem Vertreter eines befreundeten Staates gesagt, daß ich in keinerlei Verhandlungen eintreten könne, ehe wir nicht selbst eine Grundlage hätten. Was wir Ihnen vorgelegt haben, geht nicht aus irgendeiner Verpflichtung gegenüber dem Auslande hervor, sondern ist lediglich der Erkenntniß entsprungen, daß der nöthige Schutz für die Landwirthschaft im Einklang stehen muß mit den nothwendigen Rücksichten auf die Industrie und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Man hat auch unser taktisches Vorgehen verfehlt genannt; in Wahrheit aber haben die verbündeten Regierungen vom ersten Tage der Einbringung der Vorlage an klar und unzweideutig erklärt, bis zu welcher Grenze sie gehen können. Entsprechende Erklärungen sind von mir selbst und wiederholt von meinem Stellvertreter und auch von den Herren Bundesrathsbevollmächtigten abgegeben worden, die ich zu meiner großen Genugthuung hier sehe. Ich muß auch daran erinnern, daß ich vor einem Jahre schon dem Vertreter einer großen Partei in der Mehrheit erklärt habe, daß eine weitere Erhöhung und Erweiterung der Mindestsätze unmöglich sei. Herr v. Kardorff hat mir den schweren Vorwurf gemacht, ich hätte nicht Achtung genug vor dem Ansehen des Parlaments. Er sprach von „Fritz Vogel oder stirb!" Die verbündeten Regierungen sind weit davon entfernt, die Mehrheit dieses hohen Hauses in der Vertretung ihrer Auffassung beschränken zu wollen; aber hier handelt es sich um Beschlüsse, die eine Rückwirkung auf das Ausland haben müssen. Hier muß die Regierung

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so versäumen Sie nicht, den **Hirsch am Rauchhaus,** Weberstrasse-Scheffelstrasse, zu besuchen.